

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10111.
Herausgeber: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10111.
Herausgeber: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erziehung auswärtiger Bestellungen ist vorheriges Einlangen der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten bis siebenzeilige Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreizeilige Reklamazeile 3 M., Teuerungszuschlag 50 Pf. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Insetate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 10, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Dienstag, den 17. Dezember 1918

Nummer 59

Der Tagung der A.- und S.-Räte.

Das Arbeiterparlament.

S. N. In dem Saale, in dem sich sonst die Auserlesenen des Dreiklassenwahlsystems, die Junker und Profitgewaltigen, zu versammeln pflegten, hat am Montag zum ersten Male die Tagung der Delegierten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zusammen, ein Parlament von ausgeprägtem proletarischem Charakter, stattgefunden.

Einig im Ziel nannte Genosse Müller in seiner Eröffnungsrede die Versammlung, aber verschiedener Meinung über die Mittel seiner Verwirklichung. Er traf damit sicherlich das Richtige. Schon der erste Tag der Verhandlungen brachte den Beweis dafür. Wohl zeigten sich Gegenstände, doch gab es Zusammenstöße, aber im großen Ganzen gewann man doch den Eindruck eines einheitlichen, geschlossenen Willens, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und die sozialistische Republik in all ihren Konsequenzen zu verfolgen.

Die Gelegenheiten, bei denen die Gemüter sich am heftigsten gegeneinander erhitzen, waren nicht einmal hochpolitische Natur. Es gab lebhafteste Zusammenstöße anlässlich des Antrags von Anhängern der Spartakusgruppe, die Verbotsbeschlüsse und Luxemburg wegen ihrer Verbotsbeschlüsse um die Revolution mit beratender Stimme zum Kongress hinzuziehen. Amüsant war es, daß der Antrag begründet wurde mit der Unmöglichkeit, bei dem Rätewahlkongress Berlin zwei so um die revolutionäre Sache wohlverdienten Personen in die Versammlung zu entsenden. Das konnte wie eine — wenn auch ungewollte — Propaganda für die Nationalversammlung wirken, bei der Wahlrecht und Wahlbarkeit nicht abhängig ist von dem Anstellungsverhältnis in einem Betriebe. Was die Sache selbst betrifft, so wäre es vielleicht sehr gut gewesen, wenn besonders manche Provinzdelegierte einen unmittelbaren Eindruck von den Verbänden Luxemburg und Liebknecht gewinnen könnten, die man ihnen so oft als Schreckgespenster anzuführen beabsichtigt. Aber man konnte der großen Mehrheit, die sich trotz der heftigsten Proteste der Liebknecht-Anhänger im Saale auf den Tribünen gegen den Antrag erklärte, nicht ganz Unrecht geben, wenn ihr Sprecher darauf hinwies, daß eine solche Scharziehung einzelner nichtgewählter Personen zu gefährlichen Konsequenzen führen müßte.

Das andere Mal, als Parteigenossen aufeinander trafen, handelte es sich um die Wahl der Schriftführer. Die Mehrheitssozialisten erklärten mit dem Plan auf der Tribüne, ihnen von den 9 Sitten 6, den Unabhängigen 3 einzuräumen, weil angeblich das Verhältnis der Stärke der Parteien sich wie 2:1 verhalte. Es war das ein regelrechter Heberumpelungsversuch. — Eine gewisse Annäherung ebendrin; denn bis zum Augenblick konnte noch niemand sagen, wie sich in Wirklichkeit das Stärkeverhältnis zueinander verhielte.

Das Wünschen der Rechtssozialisten scheiterte, und bezeichnenderweise nicht nur am Widerstand der Vertreter der Unabhängigen, sondern auch vieler Delegierter ohne Parteiprodukte. Vor allem zahlreicher Soldatenvertreter. Aus ihren Reihen wurde Widerstand laut, daß sich überhaupt Fraktionen bildeten und die Parteien absonderten. Darin liegt sicherlich eine gewisse Unkenntnis der Formen, in denen sich das parlamentarische Leben allein entfalten kann. Es liegt darin aber auch ein beachtender Hinweis auf die Stimmung, die einen nicht unerheblichen Teil der Versammlung beherrschte: daß Genossenschaftlichkeit, daß eine einheitliche proletarische Front zur Sicherung und zum Ausbau der revolutionären Errungenschaften möglich sein und geschaffen werden müsse.

Es waren vielleicht die eindrucksvollsten Augenblicke des ersten Sitzungstages, als auch Genosse Dittmann — als Sprecher des Rates der Volksbeauftragten — dem Wünsche nach einem Zusammengehen der gesamten Arbeiterkraft im Kampfe für die Revolution Ausdruck verlieh: „Rein Atomkraft sollte verwendet werden im Bruderkampfe!“ — Das war die Parole, die er der Versammlung gab, und über die er mit lautem Beifall quittierte. Genosse Dittmann ist sicherlich nicht blind gegen so manches, was heute noch die verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung ausein-

anderhält. Er hat oft genug seine Aningen gekreuzt mit den Vertretern der Mehrheitspartei, als daß man ihm Blindheit oder Vertuschungsnacht vorwerfen könnte. Aber er sieht den Zwang der Verhältnisse, der auch den opportunistischen Flügel der Sozialdemokratie brünnen muß, eine sozialistisch-demokratische, den proletarischen Interessen dienende Politik zu treiben, und er sieht die Notwendigkeit, um der Sicherung der Revolution willen die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung — nicht wegzuleugnen, aber doch für die Wahl zurückzudrängen, damit das gesamte Proletariat in geschlossener Front den Sieg der Revolution vollendet.

Die Verhandlungen des ersten Sitzungstages drehten sich vornehmlich um den Volksrat und die bisher von ihm entfaltete Tätigkeit. Genosse Richard Müller, der den Bericht erstattete, verstand es, nicht nur ein anschauliches Bild von seiner Entfaltung und seinen Leistungen zu geben, sondern er brachte auch eine überzeugende Abrechnung mit dem gegen ihn persönlich, den Berliner Volksrat und die A.- und S.-Räte im allgemeinen ausgebreiteten Verleumdungen. Er gab zu, daß bei einem so eigenartigen, großen Apparat wie dem des Volksrates Dinge vorkommen können und vorgekommen wären, die verurteilt werden müßten. Der Offener Delegierte Limberg trug dann im besonderen noch eine Reihe von Beschwerden vor, die nicht einfach beiseite geschoben werden können. Aber den Eindruck gewannen doch zweifellos die allermeisten Anwesenden: daß die von der bürgerlichen Presse und leider auch einigen mehrheitssozialistischen Blättern freigelegten Behauptungen über eine skandalöse Mißwirtschaft, eine unerhörte Verschwendung von Millionen nichts sind als scham- und haltlose Verdächtigungen. Es mußte keine Wirkung ausüben, wenn Genosse Müller den Behauptungen über die Verwahrlosung vieler Millionen gegenüber die dokumentarische Feststellung treffen konnte, daß der Berliner Volksrat in den sechs Wochen seiner bisherigen Tätigkeit mehr als 500 000 Mark verbrachte, und größtenteils verbrachte für eine notwendige Nahrung im Saal und auf dem ratten Lande, für Institutionen, die dem Allgemeinwohl dienen, unter genauer Buchung jedes einzelnen Postens.

Wenn sich in der Provinz vielfach Mißstimmung gegen den Volksrat geltend gemacht hat — der Offener Redner gab ihr lebhaften Ausdruck —, so dürfte das zu einem Teil einfach darin seinen Grund haben, daß es sich bei dem Volksrat um eine Berliner Körperschaft handelte, deren Tätigkeit als Zentralinstanz man draußen mitunter als Annäherung empfand. Es hätte keinen Zweck, sich darüber jetzt noch lange heranzulassen: Das Zentralparlament der A.- und S.-Räte Deutschlands wurde zusammenberufen, nicht zuletzt auch darum, um an die Stelle des Berliner Volksrats eine andere Zentralinstanz der A.- und S.-Räte zu schaffen, und der Berliner Volksrat selbst hat sein Amt immer nur als Provisorium betrachtet. Eine objektive Würdigung wird seine Verdienste nicht gering machen. Aber sicherlich wird ein von allen deutschen A.- und S.-Räten gewählter Zentralrat noch bessere Arbeit zu leisten imstande sein, weil er eine breitere Grundlage besitzt und über größeres Vertrauen verfügen wird.

Neben dem Gegensatz zwischen dem Berliner Volksrat und der Provinz trat ein anderer Gegensatz in die Erscheinung: der zwischen dem Volksrat und dem Rat der Volksbeauftragten. Der Genosse Müller bedauerte sich nachdrücklich über die Mißachtung, die das Kabinett Anregungen und Beschlüssen des Volksrates gegenüber wiederholt gezeigt habe. Er führte eine Reihe von Beispielen solcher Mißachtung an. Nicht alle von überzeugender Kraft. Genosse Dittmann wußte in seiner Erwiderung manche der erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Zu bedauern freilich bleibt, daß die Forderung des Volksrats nach einer reicheren Ausräumung des auswärtigen Amtes, nach einer Vereinfachung der Erbschaftsteuer, weil die mehrheitssozialistischen Vertreter in ihr sich nicht entschließen konnten, mit starker Hand die Fenster zu säubern, in denen sich noch immer Vertreter des alten Systems in leitender Stellung halten.

Genosse Dittmann zeichnete in seiner auch oratorisch hervorragenden Rede ein klares Bild der großen Schwierigkeiten, die sich der Regierung bei der Neuordnung der Verhältnisse entgegenstellten. — eine Folge der verbrecherischen Kriegspolitik der alten Reichshaber! Mit Nachdruck betonte er die Notwendigkeit ernster Arbeit, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Einleuchtend entwickelte er das Programm der Regierung — sofortige Annullierung der Sozialisierung auf der Grundlage der Demokratie. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß auch die unabhängigen Mitglieder des Kabinetts von allem Anfang an für die Nationalversammlung eingetreten wären, daß Meinungsverschiedenheiten nur bestanden hätten über die Frage, wann ihre Wahl praktisch möglich sein würde. Kurz und knapp stellte er die Gründe, die für eine möglichst rasche Einberufung sprechen mußten, denjenigen gegenüber, die eine hinausgezögerte Erwählung erwünscht machen könnten. Kein Zweifel, daß auch diese Ausführungen einen tiefen Eindruck hinterließen.

Bei der Rede Dittmanns wie bei der Begrüßungsansprache Eberts zeigte es sich deutlich: die große, ja, eine überwältigende Mehrheit der A.- und S.-Räte steht auf dem Boden der Nationalversammlung, auf dem Boden der Demokratie. Der Gedanke, Deutschland auf die Dauer zu einer Räterepublik zu machen, hat wenig Boden gefaßt. Und wenn ein Räteparlament selbst nicht die Herrschaft der Räte will. — wie kann man dann noch den Gedanken propagieren, daß alles Seil bei einer Rätereuerung löse?

Das freilich hat schon der erste Tag der Beratungen dieser Versammlung und Vertreter der deutschen A.- und S.-Räte gezeigt: diese A.- und S.-Räte haben viele neue, eifrige Kräfte geworbt oder doch ans Licht gezogen, das Proletariat, das sie sich in den stürmischen Tagen der Revolution schuf, hat seinen Mangel an Menschen, die politisch etwas zu leisten vermögen: die Arbeiterkraft ist reif. Ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Aber eben deshalb, eben um der Hilfe von Kraft und Begeisterung willen, die sich in diesem ersten deutschen Arbeiterparlament zeigte, braucht man auch nicht ängstlich zu sein, daß die Gewährung des Stimmrechts an die Bourgeoisie den Arbeitern die eben errungene Macht wieder entreißen könnte. Tut nur jener seine Pflicht, so kann das Proletariat dem Tag der Nationalversammlungswahlen getroßt entgegensehen: er wird ihm eine Mehrheit nach seinem Sinne schenken!

Herr Fehrenbach auf dem Rückzuge.

Berlin, 16. Dezember. Der Präsident des Reichstags, Fehrenbach, teilt den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstandes und Hinausschiebung der Vorriedensverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstags nicht besteht.

Das tschechische Proletariat gegen die Unterdrückung Deutschböhmens.

Prag, 16. Dezember. „Vecernik“ schreibt über die tschechische Frage: Innerhalb der tschechischen Nation gibt es imperialistische Elemente, welche die Beichung Deutschböhmens wie die Eroberung eines feindlichen Gebietes auffassen, und dem deutschen Gebiet eine zentralistische Regierung nach Art des alten Czecheireich aufzwingen wollen. Das tschechische Proletariat will alle Mittel anwenden, um das Verhältnis beider Nationen gerecht zu gestalten, denn eine Vergewaltigung der deutschen Minoritäten würde nur zu einer Precedens führen. Das Selbstbestimmungsrecht muß für alle gelten. Um baldmöglichst Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen, werden die sozialistischen Vertreter in der Nationalversammlung eine diebezügliche Aktion unternehmen.

Am 15. Dezember fanden in Land und Stadt Braun- schweig die Gemeindevahlen statt. Die Wahl- scheinung war ungemein stark. Für die Stadt Braun- schweig waren vier Listen aufgestellt. Das Ergebnis be- deutet einen Sieg der Unabhängigen Sozial- demokratie. Auf ihre Liste entfielen 23 600 Stim- men und 12 Sitze. Die Rechtssozialisten erhiel- ten auf etwa 17 000 Stimmen 8, die demokratische Volks- partei 18 000 Stimmen und 9 Sitze, der Landeswahlverband 14 000 Stimmen und 7 Sitze.

Am 16. Dezember fanden an selben Tage die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung statt. Die Unabhän- digen besitzen dort weder Organisations- noch eine Presse und hatten keine eigene Liste aufgestellt. Das Wahlergeb- nis lautet:

Rechtssozialisten: 92 200 Stimmen, Bürger- liche Demokratie: 54 447, Volkspartei (Konervative): 9300, Mittelstand: 2250 Stimmen. Gewählt wurden 22 Mehrheitssozialisten, 12 bürgerliche Demo- kraten und 2 Konervative.

Vergleicht man diese Ziffern mit denen von der Reichstagswahl 1912 so wurden damals abgegeben: 31 463 Stimmen für die Sozialdemokratie, 5175 Stim- men für die Konervative, 18 395 Stimmen für die Natio- nalliberalen, 8415 Stimmen für die Fortschrittler und 4664 Stimmen für die Demokratische Vereinigung. Am ganzen also 31 463 sozialdemokratische Stimmen gegen 36 649 bürgerliche. Jetzt dagegen stehen 92 200 sozialdemokratische Stimmen gegen nur 66 951 bürgerliche. 1912 wählten 46 Prozent der Wähler sozialdemokratisch, 1918 haben 58 Prozent der Wähler der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben. Die Sozial- demokratie wurde also jetzt zur Mehrheit.

In Mecklenburg-Strelitz wurden in die ver- fassungsgebende Versammlung gewählt 22 Sozialdemo- kraten, 16 Liberale, 3 Handwerker, 1 Bauernbündler. Auch hier also eine sozialistische Mehrheit.

Diese Ergebnisse sind außerordentlich wichtig und er- fordern die höchste Beachtung. Sie bestätigen unsere Auf- fassung, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nach aller Wahrscheinlichkeit eine sozialistische Majori- tät ergeben werden. Wir haben immer betont, daß unter den deutschen Verhältnissen der Kampf gegen die Natio- nalversammlung ein Urding ist, daß es sich nur um einen Kampf um die Nationalversammlung, um die Erringung der Mehrheit, handeln kann. Wir möchten wünschen, daß jeder Arbeiter, jeder Sozialist sich mit diesem Bewußtsein erfüllt. Die Arbeiter haben heute die tatsächliche Macht in Händen. Der Militarismus ist zertrümmert, die Soldaten haben aufgehört, sich als blinde Werkzeuge der Gewalt zu fühlen, und mögen auch einzelne Generale und Offiziere noch aufmucken, sie sind und bleiben machtlos. Nun soll diese tatsächliche Macht bestätigt werden durch die Volks- abstimmung, und dieser Volksabstimmung können wir mit aller Übermacht entgegensehen.

Glaubt denn dann noch jemand, daß, wenn die sozial- istische Mehrheit da ist, wenn mathematisch klar geworden, daß hinter der Revolution, hinter dem Sozialismus die große Mehrheit des Volkes steht, und der Sieg noch er- ritten werden kann? Wer soll ihn uns entreißen? Die Bourgeoisie gegenüber einem Proletariat, das endlich seine Macht erkannt hat? Und womit soll den Befehlissen der sozialistischen Mehrheit entgegengewirkt werden? Mit Gewalt? Aber die reguläre Gewalt, der Militarismus, ist zerbrochen und der irreguläre Gewalt der Konterrevolu- tionäre würde, wenn nötig, die revolutionäre Gewalt an- werten, die irreguläre und die unterdes organisierte neue Armee, die der sozialistischen Regierung zur Ver- fügung stünde.

Aber werden die sozialistischen Vertreter verlässlich sein? Nun, hinter den Vertretern stehen die Proletariatsmassen, und es gehört wirklich beinahe eine Art Verfolgungswahn dazu, zu meinen, daß diese Massen es dulden würden, daß ihre Vertreter nach dem sozialistischen Sieg sie um die Früchte ihres Sieges bringen könnten. Da handelte es sich ja nicht um eine komplizierte taktische Frage, sondern um ja oder nein, sozialistisch oder gegenrevolutionär, und da würden die Massen sehr rasch Ordnung machen, wenn von der sozialistischen Linie abgewichen würde.

Nein, wir haben das Vertrauen in die Massen des deut- schen Proletariats, daß sie wissen, was auf dem Spiele steht, und wissen, was Sozialismus ist. Jeder muß fühlen, daß es um seine Seele geht, daß es gilt, jetzt wirklich alle Kraft daranzusetzen, dem Sozialismus, der Erfüllung all seiner Ideale den Sieg zu erringen. Gegen die Bourgeoisie für das Proletariat haben die Wahlen bisher entschieden. Der Ausgang war gut, sorgen wir dafür, daß wir die Haupt- sache gewinnen!

Eine bedenkliche Taktik.

Seitern morgen legen die Arbeiter in einer Reihe von Grobblettrieben die Arbeit nieder und zogen vor das Abgeordnetenhaus, um vor dem zusammengetretenen Parlament zu demonstrieren. Viele Tausende Arbeiter krönten zusammen, um ihrem revolutionären Massenwillen Ausdruck zu verleihen.

Wir verzeichnen mit Stolz die Tatsache, daß die Berliner Arbeiterkraft auf den ersten Ruf erschienen ist, um ihren Willen kundzugeben und für ihre Forderungen einzustehen. Diese Tatsache zeigt, daß das Berliner Proletariat voll reger Aktivität und Wachsamkeit am politischen Leben teilnimmt und nicht gewillt ist, sich durch das Gerede des Konterrevolu- tionären Pressegeistes einschüchtern zu lassen. Anderer- seits jedoch weisen die gestrigen Streiks und Manifestationen einige organisatorische Mängel auf, die gerade im Interesse der Geschlossenheit des revolutionären Teiles der Berliner Arbeiterkraft schleunigst beseitigt werden müßten.

Zur Kennzeichnung dieser Mängel lassen wir nach- stehenden Bericht des Arbeiterrats eines der größten Ber- liner Betriebe folgen:

Wir bekamen am Sonntag abend Bescheid, daß am Montag aus dem Betriebe herausgegangen werden soll. Es wurden Flug- zettel ausgegeben mit der Unterschrift: „Das revolutionäre Komitee“. Die Arbeitseinstellungen sollten ein Protest sein gegen die Forderung, die Rechte des Vollzugsrates und der Arbeiterräte ein- zuschränken. Gegen die Nationalversammlung richtete sich die Arbeitseinstellung nicht. Als Kollegen auf den Beschluß der Ver- sammlung am Sonntag früh, wonach eine solche Kund-

gebung doch unzulässig sei, hinstießen, erklärten wir, daß wir uns gegen die Beschränkung unserer eigenen Rechte in den Betrieben wenden. Erst daraufhin gingen die Leute aus dem Betriebe. Als wir am Abgeordnetenhaus anlangen, waren wir ganz er- staunt, auf einmal die Rechte aufzugeben zu sehen, der ein Bündel Forderungen vorlas, die wir in allen Einzelheiten gar nicht verstanden. Mit Sparta haben wir nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil wendet sich uns ent- gegen seine politische Taktik. Uns kann Sparta nicht für seine Zwecke reklamieren. Ob wir in Zukunft solchen in einem kleinen Zirkel beschließen weittragenden Beschlüssen Folge leisten werden, steht auf einem anderen Blatt."

Aus einer Reihe unserer Berichte, die uns von den Arbeiterkräften einigermassen am Streik teilnehmenden Grob- betriebe zuzunehmen, geht hervor, daß sie über den Zweck der Demonstration im Unklaren gelassen wurden. Sie erklären kategorisch, daß die Arbeiter der in Frage kommenden Be- triebe nicht dem Spartakusbund zuliebe demonstrieren, sondern weil ihnen gesagt wurde, die Reichs- versammlung der Räte sei in Gefahr. Nach der Kund- gebung vor dem Abgeordnetenhaus sammelten sich die Arbeiter dieser Betriebe auf dem Wilhelmplatz, wo sie zahl- reichen Aufstrom von anderen Fabriken erhielten; sie zogen nach dem Lustgarten, wo beschlossen wurde, öffentlich in oben dargelegtem Sinne ihren Willen kundzugeben.

Wir verzeichnen diese Willensäußerungen nicht etwa um die imposante Kundgebung von gestern herabzusetzen, sondern um auf das Gefährliche einer Taktik hinzuweisen, die um vorübergehender äußerlicher Erfolge willen die Sympathien der Arbeiterklasse auf Spiel setzt und Ver- wirrung in ihre Reihen hineinträgt. Wir möchten auch darauf hinweisen, daß wir von der geplanten Aktion auch nicht mit einem Worte unterrichtet wurden. Der Aufruf zum Massenstreik erschien gestern einzig und allein in der „Roten Fahne". Auch das kennzeichnet den eigent- lichen Charakter einer Aktion, die es nicht verdammt, die Arbeiter, geführt auf die Autorität der U. S. V., aus den Betrieben herauszuführen, aber das Organ der Berliner U. S. V. vollkommen beiseite zu schieben, um alsdann die Berliner Arbeiterkraft für den Spartakusbund reklamieren zu können. Noch ein solcher „Sieg" — und die Regisseure von gestern bleiben ohne Armeel!

Der „Vorwärts"-Schwindel.

Der „Vorwärts" hatte in der vorigen Woche in alar- mierender Weise ein Ultimatum der Entente gegen die Revolution, insbesondere gegen die Ar- beiter- und Soldatenräte als nahezu gewiß angekündigt. Die dadurch heraufbeschworesene Debatte stürzte nicht nur die Hoffnungen der Gegenrevolutionäre, sie ermöglichte auch den jetzt erledigten Vorstoß gegen den Reichstag für die Erweckung des Reichstagslebens für gekommen erachtete. Nun stellt sich heraus, daß die „Vorwärts"-Nachricht ein aufgelegter Schwindel war. Das stellt niemand anderes fest, als die gutbürgerliche „Frankfurter Zeitung", die ihren Senf Korrespondenten beauftragt hat, die Vor- wärts-Nachricht, die sich auf eine angebliche Äußerung des Pariser „Temps" stütze, auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Dieser telegraphiert nun unter dem 13. Dezember:

Die Anspielung des „Vorwärts" auf ein Ultimatum der Entente, das die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte erzwingen solle, liegt mir erst heute im Abendblatt der „Frank- furter Zeitung" vom Mittwoch vor. Der „Vorwärts" be- zeichnet, daß nach einem Bericht des „Temps" eine Rate der Arbeiter zur Beschließung vorliege, wonach die Pariser Konferenz die sofortige Auflösung aller Arbeiter- und Soldaten- räte verlangen solle. Ich habe daraufhin nochmals den „Temps" der ganzen letzten Woche nach- gesehen und diese Information nicht ent- decken können. Der „Vorwärts" ist ohne Zweifel von jemandem irreführt worden, der aus den ausländischen Zeitungen nicht das herausliest, was darin steht, sondern das, was er darin finden will. Das gilt auch von der weiterhin im „Vorwärts" erwähnten Londoner Meldung, wonach „Nach mit der Leitung der militärischen Maßnahmen gegen Deutsch- land betraut werden soll". Diese Meldung war ohne Zweifel vor einem Monat richtig. Seit dem 11. November ist es aber leider Tatsache, daß auch mit den militärischen Maßnahmen gegen Deutschland betraut ist, die in der Durchführung der unzureichenden Waffenstillstandsbedingungen bestehen. Was im übrigen die Stellung des „Temps" und der anderen französischen Regierungsblätter gegenüber den Propaganden in Deutschland anlangt, so hat sich bisher keine einzige Stimme erhoben für eine fran- zösische Intervention zugunsten oder zum Nachteil irgend einer Partei. Man ersieht in den diesbezüglichen Berliner Meldungen nur verschleierte Wünsche. Die französischen Regierungsblätter geben deutlich zu verstehen, daß sie weder der Sozialdemo- kratie trauen, die am bestimmtesten die nationale Einheit Deutschlands vertritt, noch der Gegenrevolution. Die erst recht zur Anarchie treibe und Deutschland zahlungsunfähig machen würde. Der „Temps", der fast jeden Tag der Lage Deutschlands seinen Leitartikel widmet, vertritt diesen Stand- punkt ganz konsequent.

Nach einer Kennzeichnung der Ententepolitik gegenüber dem deutschen und russischen Volkswismus fährt der Kor- respondent fort:

Nach Berliner Meldungen, die ebenfalls über die Sänze in die französische Presse gelangten, hätte die Entente auch jede Verhandlung mit der Regierung Chert abgelehnt und erkenne nur die bereits bestehende Waffenstill- standskommission an. In Wirklichkeit sind politische Verhand- lungen, das heißt Verhandlungen von Regierung zu Regierung, zwischen Deutschland und der Entente bisher gar nicht möglich. Die Durchführung des Waffenstillstandes ist eine militärische Angelegenheit. Die politischen Beziehungen werden erst aufgenommen werden, wenn die Entente den Augenblick für gekommen hält, die Friedensbedingungen bekanntzugeben, wie Deutschland es erbeten hat. Bis dahin bleibt die Aussprache naturgemäß auf die Durchführung des Waffenstillstandes be- schränkt und insoweit auch auf den Verkehr der Militär- bevollmächtigten.

Damit wird durchaus bestätigt, was wir damals sofort festgesetzt haben. Es hat sich um eine nichts nützige Quagenkammer gehandelt, um die sozialistische Regie- rung zu diskreditieren und Stimmung für gegenrevolu- tionäre Aktionen zu machen, wie sie der famose Redebach, der würdige Präsident des unwürdigsten Parlaments der Welt, ja denn auch prompt unternommen hat. Und an der Spitze dieser verlogenen Kampagne hat sich mit bewährter politischer Einsicht nicht die „Tägliche Rundschau", nicht die „Deutsche Tageszeitung" gestellt, sondern der „Vorwärts". Wir denken, das genügt. Neulich gestand er, daß er während des Krieges die Schuld der deutschen Regierung gekannt und das Gegenteil seiner Heberzeugung propagiert habe. Er ist der- selbe geblieben. Die Revolution hat viel geändert in Deutsch- land, der Charakter des „Vorwärts" ist derselbe geblieben.

Berlin, 18. Dezember. (M. T. B.) Die „Germania" be- hauptet, daß die Verlängerung des Waffenstillstandes ein Beweis für die auch von der Entente anerkannte Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung sei, und nennt die Frage einer ordnung- gemäß legitimierten und anerkannten Regierung nach wie vor unüberbittelt dringend.

Demgegenüber sei festgestellt, daß mitten in die Verhandlung- en über die Erleichterung des Waffenstillstandes durch Leben- mittelzulassen die Nachricht von der Absetzung des Kaisers an dem Beschluß der deutschen Regierung kam. Die Äußerungen hoben sofort die Frage, ob die Regierung, die den Waffen- stillstand unterzeichnete, überhaupt in der Lage sein würde, seine Bedingungen zu erfüllen. Diesen Bedenken gegenüber war es nur die Versicherung unserer Unterhändler, daß auch eine Regie- rung Chert, wenn sie den Waffenstillstand unterzeichnete, die Macht hätte, seine Bedingungen durchzuführen, die verstanden- daß sich die Verhandlungen gestalten.

Diese Tatsachen bringen den Beweis, daß es nicht die Be- vollmächtigten der Regierung des Königs von Baden waren, die den ersten Waffenstillstand unterzeichneten, sondern die von der neuen Regierung beauftragten Unterhändler, die jetzt wieder die Verlängerung mit der Entente abschließen. In diesem Zusammenhang läßt sich also nicht gegen, sondern nur für die anerkannte Verhandlungsfähigkeit der Reichsregierung aufstellen und sein Kapital für die ange- notwendige Reichstagsberufung setzen.

Das Verleumdertum.

Die „Tägliche Rundschau", früher das übelste nationa- listische Organ, jetzt eine Klotz, in der sich die scham- losen Verleumdungen gegen die Revolution sammeln, erfindet heute das folgende: Die Arbeiterräte hätten 800 Millionen verschwendet, sondern 1800 Millionen Beweis wird für diese Behauptung natürlich nicht ver- sucht. Die Bosartigkeit dieser Lügen besteht darin, daß die Provinz- und Kreispresse überzugehen, die zwar die Ver- leumdungen bringen. Die „Tägliche Rundschau" geht aber noch einen Schritt weiter und behauptet vom Vorsitzenden des Vollzugsrates Gen. Richard Müller: „er habe für sich, seine Frau und seine Kinder bis zu- bereite mehrere 10 000 M., man bricht sogar sogar 80 000 M., vorräthweise auszuhaben lassen!" Hier könnte Gen. Müller einmal ein Exem- plarieren lassen: nicht nur berichtigten, sondern scham- losen Verbreiter vor Gericht bringen.

Reitende Offiziere.

Hamburg, 18. Dezember. Die beim Stellvertreter- Kommando des 9. Armeekorps beschäftigten Offi- ziere geben eine Erklärung ab, die folgenden Inhalt hat: große Selbstentat für Hamburg-Altona und Umge- gend hat in den Morgenblättern vom 18. d. M. eine Bekanntmachung erlassen, die alle Kommandogewalt über die in Ham- burg, Altona und Umgegend befindlichen Truppen dem großen Soldatenrat überträgt. Die das Tragen von Waffen und Grabobzeichen für Offiziere usw. verbietet und die ein- seitige Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse durch den großen Soldatenrat in Aussicht stellt. Die Offiziere erklären hier- mit, daß sie unter diesen Umständen die Verantwortung für den Dienstbetrieb, insbesondere für die glatte Abwick- lung der Demobilisierung nicht mehr tragen können, sondern die Verantwortung allein dem großen Soldatenrat über- lassen müssen. Sie werden daher ihre Arbeit einstellen, bis die Bekanntmachung des großen Soldatenrates nicht unweigerlich aufgehoben wird.

Wir nehmen an, daß der Hamburger Soldatenrat durch diese Streikdrohung der Offiziere nicht einschüch- telt werden wird. Es werden sich wohl genügend Mittel finden lassen, um die Sabotage der Reiten Offiziere zu brechen, die offenbar ihre Kommandogewalt höher stellen, als „Interesse des Vaterlandes", das sie sonst immer in der Munde führen. — Es wird übrigens interessant sein, fest- stellen, ob die bürgerliche Presse sich über den Streik der Offiziere ebenso entrüsten wird wie über die Ausschände der Arbeiter.

Proteste der Internationale gegen die Program-

Der Sekretär der Internationale Camille Huysmans telegraphierte aus Brüssel folgendes an das „Jüdische Korrespon- denzbureau" nach dem Haag: „Telegraphiere Daghshly: Das Exekutiv-Komitee der Internationalen protestiert gegen die Boikott- beschlüsse, daß die polnische Regierung ähnliche Handlungen ver- biete. Eine Versammlung wird organisiert werden, nationale Minderheitsrechte und kulturelle Autonomie zu fordern. Wir werden uns Meetings Vorschlag anschließen."

Keine Ausweitung der Elsch-Löhringer.

Berlin, 16. Dezember. In der in- und ausländischen Pre- ssen ist verbreitet worden, daß die deutsche Regierung die Ausweitung der Deutschen nach Elsch-Löhringen mit der Drohung bedrohet, sämtliche Elsch-Löhringer aus Deutschland auszuweisen. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Meldung aus freier Erfindung beruht und anscheinend nur dazu bestimmt ist, beteiligten Kreise zu beunruhigen.

Der Kaiser in Holland.

Amsterdam, 10. Dezember. (Telunion.) Der Telegra- phenbericht, daß der Kaiser von offizieller Seite erwidert worden, Holland freiwillig zu verlassen, um die dortigen Verbundenen ersten Gefahren für Holland zu beseitigen, ist Kaiser soll auf das Ersuchen nicht reagiert haben.

Die Engländer verlassen Kiel.

Berlin, 10. Dezember. Admiral Browning verließ Mittwoch mit seinem Geschwader den Kieler Hafen, um Weihnachtsgel in England zu verbringen.

„Der Krieg beendet."

London, 16. Dezember. (Reuters.) „Daily Express" be- richtet, daß General Smuts seine Stelle im Kriegsministerium niederge- legt hat, da der Krieg beendet ist.

Die Auseinandersetzung Luxemburg — Haase.

Die Schlussreden auf der Berliner Generalversammlung.

Luxemburg: Unsere erste Pflicht ist es, jede Brücke zu der gegenwärtigen Regierung abzubauen. Das ist unsere Forderung, und damit sind wir im Recht. — Da hat sich nun vorhin der Gen. Barth hingestellt und seine revolutionären Selbstentwerfungen aufgestellt. Wenn der Gen. Barth wirklich ein so großer Revolutionär ist, dann hat er sich in den letzten fünf Wochen sehr schnell abgewandelt. Jetzt nimmt der Gen. Barth an allen Konterrevolutionären Aktionen der Regierung teil. Warum ist er in diese Regierung eingetreten? Warum ist er nicht in den Reihen des Proletariats geblieben, dort, wo der Platz eines wahren Revolutionärs ist? Nein, Genossen, einzelne Personen machen die Revolution nicht; wenn die Revolution nicht von den Massen selbst ausgeht, so ist sie kein Schuß Pulver wert. — Ströbel hat ausgeführt, daß die Vertreter der U. S. P. zur revolutionären Arbeit sich an der Regierung beteiligen müssen. Nein, Genossen, sondern den Kapitalismus zu stürzen. Noch ist er nicht erwacht, noch besteht er, — da will es nicht, zu zeigen, daß wir eine regierungsfähige Partei sein können, und daß wir jetzt in der Regierung als Sozialisten nicht registrieren können, das ist bereits bewiesen. Man hat uns gesagt, daß wir lange warten müßten, bis die Mehrheit des Proletariats sich zu unseren revolutionären Anschauungen durchgerungen habe. Diejenigen, die dieses Argument geltend machen, verlernen ganz und gar das zündende und energische Tempo der revolutionären Entwicklung. Nicht wir sind es, die zur Herrschaft kommen wollen, sondern wir wollen, daß die Mehrheit des Proletariats die politische Macht in Händen hat. Alle diejenigen, die den Popanz der Nationalversammlung aufgestellt haben, haben verstanden, daß sie auf die Massen gewirkt und die revolutionäre Entwicklung auf Monate und Jahre zurückgeschraubt. — Hilferding hat das demokratische Prinzip betont. Aber diese formale Gleichheit der Demokratie ist Lug und Trug, solange noch die ökonomische Macht des Kapitals besteht. Man kann nicht mit der Bourgeoisie und den Junkern darüber debattieren, ob man den Sozialismus einführen solle. Sozialismus heißt nicht, sich in ein Parlament zusammenzusetzen und Gesetze beschließen. Sozialismus bedeutet für uns Niederwerfung der herrschenden Klassen mit der ganzen Brutalität (Großes Geschloß), die das Proletariat in einem Kampfe zu entwickeln vermag. Die Nationalversammlung soll dazu dienen, den Abgrund zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken. Ihr steht jetzt vor der Entscheidung, welchen Weg ihr gehen wollt, entweder mit uns oder mit Scheidemann. Es gibt jetzt kein Ausweichen mehr, nur ein Entweder —

Haase: Wir stehen allerdings vor der Entscheidung. Die Genossen Luxemburg stellt nicht das Proletariat wie es in Wirklichkeit ist und denkt. Große Massen der Arbeiterklasse haben bis auf den heutigen Tag noch nicht den Trennungspunkt zwischen sich und den Sozialparteiern gegogen. Seit dem August 1914 war ich darauf, aber es ist sicher, daß unter Ebert und Scheidemann noch heute große Schichten einer Arbeiterklasse stehen, die die Genossen Luxemburg hundertfacher Arbeit und Energie besitzen, die die Genossen Scheidemann fordern. Die Sozialisten machen und einen Vorwurf daraus, daß wir in die Regierung eingetreten und bis heute in geblieben sind. Ich spreche für mich und meine Freunde, indem ich erkläre, daß wir (aber heute als morgen aus) werden müßten. Log für Log haben wir dort mit den Sozialisten zu kämpfen. Aber ich bin im Interesse des Sozialismus und des Proletariats in die Regierung gegangen und die Geschichte wird uns auf Grund der Protokolle der Verhandlungen das Zeugnis ausstellen, daß wir nicht einen einzelnen Augenblick unsern Standpunkt aufgegeben haben. (Beifall.)

Die Genossen Luxemburg hat gesagt, daß die neuen Freiheiten, die die Regierung dem Volke durch ihre Gesetze garantiert hat, nichts anderes seien, als die veralteten Schulden der Bourgeoisie. Jawohl, wir haben diesen Schulden der Bourgeoisie die Herrschaft des Junkertums die Reste des Feudalismus noch beizubehalten, und daß es unsere erste Arbeit sein müßte, sie zu beseitigen. Das ist unsere erste Arbeit sein müßte, sie zu beseitigen. — Scheidemann hat behauptet, daß die Regierung den Gemeindeführer von Mariendorf mit seinen alten butenaukatiarischen Vollmachten ausgestattet habe, dagegen die K. M.äte von Mariendorf ihres Rechts beraubt hätte. Selbst wenn dies wahr wäre, so wäre das kein Vorwurf gegen die Reichsregierung, da diese Angelegenheit zu dem Arbeitsgebiete der preussischen Staatsregierung gehört. Aber der Vorwurf trifft gar nicht zu; denn es handelte sich gar nicht darum, den K. M.äten das Recht zu entziehen, sondern nur darum, eine Fortsetzung des Verwaltungsapparates zu verhindern. Die Spartakisten selbst haben im Anfang der Revolution erklärt, daß es die Aufgabe des Proletariats sei, diesen Verwaltungsapparat im Gang zu halten.

Die Spartakisten behaupten ferner, daß die K. u. S. M.äte die Mäße und die Quintessenz der proletarischen Revolution seien. Aber wir kennen doch alle diese Mäße und wissen sehr gut, daß darin auch eine große Anzahl von Bourgeois und bürgerlichen Intellektuellen sich befinden. Heute ist der Unterbewußtsein gar nicht mehr in der Lage, bei den Wahlen wie zur Nationalversammlung einen Einfluß auszuüben, wie früher. Jeder Sozialist weiß, was er bei den Wahlen zu tun hat und sein Einfluß kann ihn hindern, seinen Willen zu bekunden. Die Spartakisten laufen gegen die Nationalversammlung Sturm, ohne zu beachten, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt und nicht um ein langjähriges Parlament, dessen Aufgabe es wäre, Gesetze zu fabrizieren.

Das Prinzip der Demokratie
Sollen wir noch die vor in Ehren. Wir haben noch nicht alles gelernt, was wir in den vergangenen Jahrzehnten unserer sozialistischen Agitation gelernt haben. Wir wollen die Mehrheit für uns gewinnen. Haben Marx und Engels jemals ein Wort gegen die Demokratie gesagt? Haben sie erklärt, daß die Demokratie nicht die Grundlage des Sozialismus sein könne? Gen. Luxemburg will die K. u. S. M.äte an Stelle des Parlaments setzen. Sie werden ja erleben, in welcher Richtung sich die K. u. S. M.äte entscheiden werden.
Ich bin durchaus nicht mit allem einverstanden, was von der Regierung getan wird. Von Anfang an war ich mir vollkommen klar darüber, daß bei dem Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten das Resultat nur eine Diagonale der Wahrheit sein könne. Wären wir nicht davor gewarnt, so wäre es ganz anders gewesen. Sie meinen, es wäre ausreichend für die Partei und die Massen, wenn wir aus der Regierung ausgetrieben würden? Nein, dann würden sich die Massen von uns trennen, — dieselben Massen, die sich nicht von Scheidemann getrennt haben, als das Schandurteil über Liebknecht gefällt wurde.

In den vergangenen fünf Wochen haben ich und meine Freunde dreimal vor der Frage gestanden, aus der Regierung auszutreten. Wir hätten es, ich kann es Ihnen versichern, sehr gerne getan. Aber im Interesse der Revolution sind wir geblieben. Und jetzt kommt es mir auf eines an: daß das Proletariat selbst seine Macht erkennt und sie geltend macht.

In der vergangenen fünf Wochen haben ich und meine Freunde dreimal vor der Frage gestanden, aus der Regierung auszutreten. Wir hätten es, ich kann es Ihnen versichern, sehr gerne getan. Aber im Interesse der Revolution sind wir geblieben. Und jetzt kommt es mir auf eines an: daß das Proletariat selbst seine Macht erkennt und sie geltend macht.

der Schuldige sofort festgenommen worden ist. Heute haben Sie in den Zeitungen den Erlaß der Regierung zur Bildung einer Volkswehr gelesen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß dieser Erlaß nicht vom Kriegsministerium ausgeht, sondern von den Volksbeauftragten. In Ziffer 3 des Erlasses wird bestimmt, daß nur Freiwillige in die Volkswehr aufgenommen werden, und in Ziffer 4, daß die Freiwilligen selbst ihre Führer wählen. Damit ist die Kommandogewalt abgeschafft, und zwar für sämtliche Garnisonen, für das ganze Heer in der Heimat. Nur in ganz beschränktem Umfang ist die Kommandogewalt vorläufig beibehalten worden, nämlich insoweit sie notwendig ist zur Aufrechterhaltung der Soldaten. Denn ausgeschlossen war es, daß die Soldaten allein den Demobilisationsplan für ein Millionenheer durchführen konnten.

Wir brauchen zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens die Mitarbeit auch der geistigen Berufe, der Techniker, der Ingenieure, der Angestellten in den Behörden und Verwaltungen, der Spezialarbeiter. Auch unsere Genossen in Rußland konnten diese Mitarbeit bekanntlich nicht entbehren. Die Räterregierung mußte sich zu Kompromissen verstehen, um diese Schichten für sich zu gewinnen und mit ihrer Hilfe den Verwaltungsapparat in Gang zu setzen. Wir müssen also mit diesen Schichten der Bevölkerung rechnen, da wir sie nicht entbehren können.

Liebknecht hat Klage darüber geführt, daß die Generale, die konterrevolutionären Anschläge unterstützen, noch in Amt und Würden sind. Das ist nicht richtig. General Eberhard ist auf einmütigen Entschluß der Regierung sofort entlassen worden. Seit dem Antritt konnte die gegen ihn erhobene Vorwürfe entkräften. Auch Hindenburg, dessen Name ich Sie versichern, wird noch in seinem Amte bleiben, bis die Demobilisation erledigt ist. Gemäß sind Liebergriffe noch von den militärischen Befehlshabern in einzelnen Fällen vorgekommen. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß wir sie nicht stillschweigend hingenommen haben. (Beifall.) Sobald die Demobilisation beendet ist, ist gleichzeitig auch die Kommandogewalt beseitigt.

Wenn die Spartakisten den Kampf gegen die Nationalversammlung auf ihre Fahne schreiben, so wird aus dieser Parole nicht ein Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie entbrennen, sondern vielmehr ein Bruderkampf zwischen Proletariat und Proletariat. (Beifall.) Eberlein hat hier als angeblich ganz neue Weisheit die Forderung des Kampfes proklamiert. Als ob nicht auch in der Nationalversammlung der Klassenkampf fortgeführt werden könnte. Auch Marx und Engels haben stets gefordert, daß der Klassenkampf auch auf dem Boden des Parlamentes ausgetragen werden solle. Niemals haben wir den Parlamentarismus an sich verächtlich, und ihn, wie manche Sozialisten, als den einzigen Weg zum Sozialismus betrachtet. Wir haben ihn andererseits aber auch nicht prinzipiell abgelehnt. Nur den parlamentarischen Kreinismus haben wir verworfen. Weil wir nicht wußten, daß das Proletariat in der bürgerlichen Atmosphäre des alten Reichstages ersticke, deswegen sind wir stets gegen die Ausschaltung des Proletariats von der Straße gewesen. Aber das Parlament ist eine der Waffen des kämpfenden Proletariats; und es soll alle seine Waffen, auch diese, gebrauchen.

Die Genossen Luxemburg hat gesagt, wir müßten von den revolutionären Erfahrungen unserer Genossen in Rußland lernen. Alles, was wir Gelerntes gemacht haben, das hätten wir von ihnen gelernt. Also gibt selbst die Genossen Luxemburg zu, daß wir in Deutschland doch einmal etwas Gelerntes gemacht haben, wenn es auch keine originale Leistung gewesen ist. (Beifall.) Ich selbst habe ein volles Verständnis für die Titanenaufgabe, die die Volkswheiter in Angriff genommen haben und im Reichstage habe ich das stets in klaren Worten anerkannt. Das wird mich aber gleichwohl nicht hindern, an Ihrer Politik Kritik zu üben und auf den tiefen Unterschied der deutschen und russischen Verhältnisse hinzuweisen. — Die Genossen Luxemburg hat mich in einem Punkte völlig mißverstanden: a) r u g e n d, sagte ich, nicht maßgebend muß der Wille des Proletariats für unsere politische Haltung sein.

Die Resolution Luxemburg bedeutet politisch den Tod des Proletariats. Es geht nicht an, daß wir bei den Wahlen allein und einsam absteigen sehen. Im Gegenteil! Wir müssen mit einem klaren Programm in den Wahlkampf ziehen. In früheren Zeiten haben wir doch stets so stolz erklärt: Noch ein paar Jahre, und wir werden die kapitalistische Gesellschaft aus den Sattel heben. Warum wollen wir denn gerade jetzt, im Augenblick der Revolution, so heimlich vergagen und kein Vertrauen zu unserer Kraft zeigen? Es ist nicht wahr, daß die Gegenrevolution durch die Nationalversammlung getätigt wird. Es kommt nur darauf an, daß das Proletariat seine volle Macht einsetzt. Jawohl, es ist nicht ausgeschlossen, daß wir die Mehrheit nicht gewinnen werden. Dann wird das Proletariat wissen, was es zu tun hat und weiter kämpfen. Das bedeutet aber für uns keineswegs, daß in diesem Fall die Nationalversammlung durch einen Putsch beseitigt werden soll.

Ran hat uns ferner davor warnen wollen, daß die Regierung das Proletariat entwirft. Auch das trifft nicht zu. Es ist vielmehr nur angeordnet worden, daß alle Waffen und alle Ausrüstungsgegenstände die zum Seeresgerät gehören und als solche Staatsigentum sind, abgeliefert seien. Es ist Ihnen ja bekannt, daß Waffen, Pferde, Postautos usw. zu Spottpreisen an Privatpersonen verschleudert wurden. Dieser Zustand konnte nicht gebildet werden im Interesse der Allgemeinheit. Niemand aber, der eigene Waffen besitzt, ist aufgefodert oder gezwungen worden, sie abzuliefern. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Proletarier, die Waffen besitzen, entwaffnet werden sollen.

Der Spartakusbund fordert die sofortige Einkerkerung des Parteitag. Das ist aber in diesem Zeitpunkt nicht durchzuführen. Gemäß sollen die Parteigenossen das letzte, entscheidende Urteil über unsere Politik fällen. Aber in revolutionären Zeiten gilt es, rasch und entscheidend zu handeln. Da muß auch einmal mit einer Diktatur innerhalb der Partei selbst gearbeitet werden.

Die dritte Resolution, die uns hier vorgelegt worden ist, birgt einen inneren Widerspruch und ist unannehmbar. Man kann unmöglich die Nationalversammlung verwerfen und gleichzeitig in den Wahlkampf ziehen. Man kann den Arbeitern nicht sagen: Geht hin zur Wahl, aber geht als Gegner hin. Nein! Wir wollen das Proletariat zum Wahlkampf aufrufen mit der klaren Parole: Gegen den Militarismus, gegen die Junker, gegen die Bourgeoisie! (Beifall.) Das Parlament ist eine Form und der Geist der Revolution soll diese Form mit sozialistischem Inhalt erfüllen. Wir wollen alle unsere Waffen erheben, sie schwingen und wir werden siegen. Dann wird im Rahmen der Demokratie der Sozialismus Wirklichkeit werden. (Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)

Der auf der Verbandsgeneralversammlung zu Protokoll gegebene Antrag G. D. Bernsteins lautet:

Antrag!
Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Arbeitervereine der Unabhängigen Sozialdemokratie Berlins und Umgegend beschließt:

I.
In Anbetracht der Tatsache, daß die Beendigung des Krieges und die Herstellung der Republik Deutschlands den größten Teil der schließlichen Gegenstände, welche zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie geführt haben, teils in Bezug gebracht und teils ihrer Schärfe beraubt haben, und daß ferner

die Sicherstellung der Republik und ihr Ausbau im Sinne der Grundzüge der Sozialdemokratie das Zusammenarbeiten aller Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion erfordern, fordert die Generalversammlung des Verbandes die Verbandsleitung auf, mit der Leitung der Reichssozialisten Berlins und Umgegend in Verhandlung zu treten, behufs Vereinbarung gemeinsamer oder falls dies nicht zu erzielen ist, verbundener Listen für die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung.

II.
Ein gleicher Vorschlag ist der Leitung der Spartakuspartei zu machen, sofern diese sich rückhaltlos auf den Boden der demokratischen Grundzüge stellt, wie sie im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie niedergelegt sind und sich verpflichtet, von jedem Versuch der Gewaltanwendung gegen die gegenwärtige Regierung der Republik und die von dieser mit der Aufrechterhaltung der Ordnung beauftragten Personen Abstand zu nehmen.

Streiks und Manifestationen in Berlin.

Gestern morgen legten die Arbeiter in einer Anzahl Berliner Betriebe die Arbeit nieder. Der Betrieb der Firma Schwarzkopff ruhte völlig, ebenso streikten die Arbeiter der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik, der Firma Vossig, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Anordrensche und ein Teil der Belegschaft der U. S. G. Die Demonstranten zogen mit roten Fahnen an der Spitze nach dem Stadtinneren. Hier trafen sie mit einem größeren Zug von Arbeitern aus den Daimler-Werken und aus der Fabrik Wegner, Mariensfelde, zusammen. Auch in einigen kleineren Fabriken ruhte die Arbeit.

Gegen 11 Uhr versammelten sich am Brandenburger Tor große Massen, die unter Vorantragung roter Fahnen durch die Groppeallee zum Kolonnenbrunnengogen. Es wurden Hochrufe auf die Revolution und die sozialistische Republik ausgebracht. Die Tafeln trugen die Inschrift: „Der Generalrat als höchste Instanz“, „8 Stunden Arbeit — 8 Stunden Ruhe — 8 Stunden Schlaf“, „Die ganze Nacht den Arbeitern und Soldatenräten“. Durch Zugänge aus anderen Stadtteilen war die Zahl der Demonstranten auf viele Tausende angeschwollen. Sie zogen nach dem Abgeordnetenhaus, wo Karl Liebknecht eine Ansprache hielt. Die Massen zogen daraufhin nach der Wilhelmstraße, an dem Reichstagspalais vorüber zu den Linden und von hier zum Friedrichshain.

Gestern nachmittags 5 Uhr fand anschließend an die vorgenannte Demonstration eine imposante Kundgebung von ca. 40 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Siemens vor dem Reichstagsgebäude statt. Der Redner, Genosse Scholze, würdigte eingehend die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage und kennzeichnete insbesondere das auffällige Verhalten der mehrheitssozialistischen Führer, welche sich jetzt so sehr um die Revolution kümmern, während sie noch eine Stunde vor Ausbruch der Revolution dieselbe mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Zum Schluß wurde durch stürmischen Beifall das Gelübde erneuert, sich zu rüsten und zu wehren gegen jede Gefahr, die der Revolution droht.

Die bayerische Regierung und die Tschechen.

Die Wiener „Reichspost“ beschuldigt die bayerische Regierung, die Tschechen gegen die Deutschböhmen wiederholt unterstüßt zu haben. Das Blatt verweist auf die offenbar nicht richtig. Meldung, daß Kaschensendungen, die für Deutschösterreich bestimmt waren, in Bayern beschlagnahmt wurden und erwidert an die jüngste Veröffentlichung der Korrespondenz Hoffmann, eines offiziellen Organs der bayerischen Regierung, welche die Verhältnisse in Deutschböhmen als ruhige bezeichnet und erklärt hatte, in Deutschböhmen bestände zwischen Deutschen und Tschechen ein friedlicher Austauschverkehr. Schließlich behauptet die „Reichspost“, die bayerische Regierung habe das Gelingen, die für gewisse deutschböhmisches Gebiete bestimmte Post über Bayern leiten zu lassen, abgelehnt.

Offentlich erweist die letzte Beschuldigung sich ebenso als falsch wie seinerzeit die Meldung des Wiener christlichsozialen Organ, der bayerische Ministerpräsident habe von Paris aus Befehl erteilt, keine Zuschüsse für Deutschösterreich durch Bayern durchzulassen.

Gewerkschaftliches.

Differenzen im Deutschen Opernhaus.

Das Personal des Deutschen Opernhauses war am Sonntag in den Ausstand getreten, weil die Direktion trotz der von ihr selbst wiederholt anerkannten Notwendigkeit, die Forderung des Personals, ihm eine den Verhältnissen entsprechende Entlohnung zu gewähren, ohne Verhandlung güt abgelehnt hatte. Am Ausstand beteiligten sich das Orchester, Chor, Ballet, Bureau, technisches und Hauspersonal. Die Vertrauensmännerkommission trat unter Vermittlung des Charlottenburger Polizeipräsidenten, Herrn Stadtdirektor Richter, in Verhandlungen mit der Direktion, und der Magistrat ersuchte die Kollegen und Kolleginnen, vorläufig die Arbeit wieder aufzunehmen, um dadurch zum möglichsten gedeihlichen Ablauf der Verhandlungen beizutragen. Die Vorstellung, die am Sonntagabend infolge des Streiks ausfiel, konnte am Montag wieder stattfinden.

Die Former und Gießereiarbeiter befinden sich noch im Ausstand. Verhandlungen, die am Sonntag im Verein des Volksgutes, des Herrn von Vossig, dem Verband der Arbeitgeber und des Kollegen Cohen vom Metallarbeiterverband stattfanden, verliefen ohne greifbares Resultat. Herr Vossig erklärte, es sei unmöglich, in so kurzer Zeit mit den übrigen Kommissionsmitgliedern zu sprechen. Cohen erklärte, sich nur als Gast zu betrauten. Als Ergebnis wurde der Kommission folgendes Resultat über die Verhandlungen übermittelt:

Nachdem heute eine Aussprache zwischen der Organisation des deutschen Metallarbeiterverbandes einerseits und der Organisation des industriellen Verbandes andererseits unter Hinzuziehung von Vertretern des Volksgutes stattgefunden hat, hat sich folgendes herausgestellt. Auf Grund der Richtlinien vom 22. November des Volksgutes ist selbiger nicht in der Lage, den Former und Gießereiarbeitern bei der Durchführung der Forderungen „Arbeitsarbeit in Lohnarbeit“ unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Wege zu ebnen. Die generelle Regelung der Lohnarbeit sowie die Sozialisierung der dazu geeigneten Großbetriebe kann nur durch die Gesetzgebung erfolgen. Die endgültige Regelung der Angelegenheiten der Former und Gießereiarbeiter soll in der am Donnerstag stattfindenden Sitzung unter Hinzuziehung der beiden Organisationen und der Vertreter der Fraktionen für Groß-Berlin geregelt werden. Aus diesem Grunde schlägt die Kommission die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag vor.

Die Pflanzkommission empfahl die Aufnahme der Arbeit nach einer klaren Diskussion beschloß die Versammlung von etwa 8000 Kollegen gegen 80 Stimmen den Ausstand weiter zu führen und die übrige Metallarbeiterchaft Berlins zur Solidarität aufzufordern.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne. Theater am Bülowplatz. Direktion Fried. Kayssler. 7 Uhr: Wilhelm Tell. Mittw. 7 1/2 Uhr: Komödie der Liebe.

Opernhaus 6 Uhr: Die Walküre.

Schauspiele 6 1/2 Uhr: Othello.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Hamlet.

Kammerspiele
7 Uhr: Michael Kramer.
Kleines Schauspielhaus
Passauerstr. 1. Part. 3
7 1/2 Uhr: Frühlingserwachen.

Dir.: C. Meinhart — H. Bernauer
Theater l. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Musik.**

Komödienhaus.
Schiffbauerd. 2. u. d. N. Wilhelmstr. 8 Uhr: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Sterne, die wieder leuchten
Operette in 3 Akten
Musik von Walter Kallie

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Der Marquis von Keith.
Mittw. Donn.: Der Schöpfer.
Freitag: Peer Gynt.

Deutsches Künstler-Theater.
Kette und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Iranion-Theater.
Bld. Friedrichstr. Ztr. 49/7. 3991.
7 1/2 Uhr: **Der gute Ruf.**
Von Hermann Sudermann.

Central-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul**

Deutsches Opernhaus Charlottenb.
7 Uhr: **D. Glöckchen d. Eremiten.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: **Hannori.**
Das Dreimäderlhaus.
II. Teil.

Kleines Theater.
8 Uhr: **Freie Knechte.**

Komische Oper.
7 1/2 Uhr: **Schwarzwaldmädel.**
Lustspielmann.

7 1/2 Uhr: **Die spanische Filage.**

Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Faschingstee.**
Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: **Die Glocken von Cornville.**

Palast-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Mikado.**
Mittw. 7 1/2 Uhr: **Der Struwwelpeter.**
Residenz-Theater.
7 1/2 Uhr: **Friedensverhandlungen**

Schiller-Theater Charlottenburg.
7 1/2 Uhr: **Sappho.**

Italien-Theater.
7 1/2 Uhr: **Polnische Wirtschaft.**
8 Uhr: **Rotkäppchen.**

Theater am Rosenortplatz
7 1/2 Uhr: **Weh' dem, der lügt.**
7 Uhr: **Sei als Du bist!**

Theater des Westens.
7 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe**
Mittw. 4 Uhr: **Aschenbrödel.**

Wagner-Theater.
7 1/2 Uhr: **Grat Habentich.**
Mittwoch, Sonnab. u. Sonntag
7 1/2 Uhr: **Der Märchenwald.**

Rose-Theater.
Gastsp. d. Friedr. Wilhelmst. Theat.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Waltha-Theater.
7 1/2 Uhr: **August der Starke.**

Casino-Theater.
Lohringstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Das bairische Volkstheater

Die goldene Brücke
Vorh.: Erstklassige Spezialitäten.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Friede auf Erden.

UT UFA UT

U.T. Ausführendes
A. J. Besenrichter
U.T. Galenbeis

Der Stellvertreter
Stuart Webbs 25. Abenteuer
mit Ernst Reicher / Mia Janda

Resemanns Brautfahrt
Suffrid
Melita Petri, Leo Peukert,
Herbert Paulmiller, K. Dreher

U.T. Rosenberglage
Jeftchen Geber 2. Teil
(Henriette Jacoby)
Regie: R. Oswald

U.T. Unter den Eichen
Das Mädel vom Ballet
Ossi Oswald
U.T. Weitzing

Mia May Die Bettelgräfin
U.T. Schönberg U.T. Weidenberglage

Söhne des Volkes
Der sozialistische Monumentalfilm von
Sophus Michaëlis und Ole Olsen
mit Gunnar Toines
Lilli Jacobson

U.T. Weidenberglage U.T. Weidenberglage
Das Tagebuch einer Verlorenen
Regie: R. Oswald
Sauptrollen: Erna Morena
Kathild Schöndel, Werner Erich, Ernst Feld

Mozart-Saal HENNY PORTEN
Die blaue Laterne
Dritte Woche!

Kammer-Lichtspiele
Albert Bassermann
Eise Bassermann / Käthe Haack
Im Schauspiel:

Lorenzo Bughardt

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-56
Ab 1. Dezember
Neue Direktion Neues Programm
Ganz renoviert

Antang 6 Uhr
Sonntag 4 Uhr

Gyigyi-Konzerte
2 Elektrische Orgeln 1.30 M., 2.60 M.
Vorzügliche Küche
Torten, Makronen und Getränke.

PAUL CASSIRER VERLAG
Sozialistische Schriften
zur Revolution

KARL KAUTSKY
Habsburgs Glück und Ende.
Preis 3 Mark.

Das Buch vom Kampf der Nationalitäten
und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die adäquate Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unserer
gesamten Wirtschaftslage, die gewaltiger Aufschwung unserer
Industrie und des Handels steht bevor, und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe und Handwerker aller
Werkstoffe, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden
Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen
die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen.
Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfacher
Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissen-
schaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke
"System Karnack-Hachfeld". Auf 80 S. starke Brosch. kostenlos
Bonnes & Hachfeld, Potsdam. Postfach

Zweiter Wahlkreis U. S. P.
Extra-Zusammenkünfte:

1. Abteilung am Mittwoch, den 18. ds. bei Wiemers, Bülowstr. 58.
3. " " Mittwoch, den 18. ds. bei Rathmann, Wilhelmstr. 118.
4. " " Freitag, den 20. ds. bei Glesing, Wassertorstr. 68.

Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.
Es ist dringende Pflicht aller Genossen und Genossinnen, an diesen Veranstaltungen ihrer
Abteilung teilzunehmen.
L. A.: Die Abteilungsführer.

An unsere Abonnenten!

Die außerordentlichen technischen und Verkehrsschwierigkeiten, die sich bei der Expedition unserer Zeitung ergeben, nötigen uns, unsere verehrlichen Abonnenten um freundliche Rücksichtnahme zu bitten. Verlag, sowie Spediteure sind aufs Eifrigste bemüht, die Schwierigkeiten zu beseitigen und eine geordnete, pünktliche Zustellung zu ermöglichen. Unsere Genossen und Genossinnen ersuchen wir dringend, uns in der Agitation und Bestellung unseres neuen Organes zu unterstützen und den Spediteuren an die Hand zu geben. Diejenigen Abonnenten, die durch die Spedition z. Zt. schlecht oder garnicht versorgt werden können, bitten wir, „Die Freiheit“ bei der Post zu abonnieren

Die Freiheit ist im ersten Nachtrage 1919 der Postzeitungsliste eingetragen. Bei Bestellungen für den Monat Dezember sind für die Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern 10 Pfg. zu entrichten.

Der Verlag.

Kükük
Lichtspiele
Gr. Frankfurter Str. 28
an der Andreasstraße.
Die Donnerstage:
Die blonden Mädels vom Lindenhof.
Lotte Neumann.
Friedrich Zelnik
im Schauspiel
Der eiserne Ring.
Anfang 8 Uhr.

Seben erschien:

Gust. Landauer
Revolutions-Briefe

Zwei Bände
Geh. M. 24.—, geb. M. 30.—

Was ist Sinn, Wesen, Ziel der Revolution? Die Antwort darauf geben diese „Briefe aus der Französischen Revolution“. Die Briefschreiber sind Fürsten und Bauern, Minister und Soldaten, Heerführer, Freiwillige, Monarchisten und Anarchisten, Geistliche, Henker, Gelehrte, Dichter und Künstler, Geheimagenten, Kockotten und tugendhafte Frauen. Diese „Briefe aus der Französischen Revolution“, dem Schulspiel der Revolutionen, zeigen uns, welchen Weg unser Geschlecht, der Erbe aller Revolutionen, gehen muß. Dadurch leisten sie uns gerade jetzt eine unschätzbare Hilfe.

Selten kam ein Werk so recht zur Zeit!

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder vom Verlag
Rütten & Loening
Frankfurt am Main

Tanzlehrerverband „Solidarität“ 1892.
Geschäftsstelle Richard Heinrich, Große Frankfurter Straße 30.
Telephon: Königstadt 1896.

Empfehlten den Herren Saalbesitzern und Vereinen seine Mitglieder zur Leitung von Festlichkeiten, sowie Einstudierungen von Kostüm-Quadrillen zu jeder Zeit.

Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Wir unsere Wohnungen in

Diedorf — Rausdorf — Walsdorf —
Goppegarten — Reuenhagen — Freder-
dorf — Alt-Landsberg — Straußberg —
Petershagen
sowie in den Orten

Rarshorst — Adpenitz — Friedrichshagen —
Rüdersdorf — Erfner

Suchen wir je eine Verheiratete einrichtet. „Die Freiheit“ für diese Orte kann es den betreffenden Wohnorten (1919) und ebenfalls in Quellung genommen werden.

Als passendes Weihnachtsgeschenk empfiehlt

Rotweine, Deutsche Weine, Schaumweine, Cognak, Rum, Arrak

in besten Qualitäten.
Weinhandlung Rockstuhl
Berita-Parkow, Breitestraße 16a
Ami Pankow 1879.

Grammophon mit Platten
verkauft Hansel, Neukölln,
Lichtenrader Straße 49 II.

Harmonium
mit eingebautem Spielfapparat,
auch ohne Notenkenntnis spielbar
630 M., Selbstermonium 978 M.,
gebrauchtes 375 M., Harmonium,
Spielfapparat mit 500 Noten 55 M.
(evtl. Ratenzahlung).
Berger & Co.
Oranienstr. 164, Privatverk. III. Etz.

Stralau
Die Expedition der „Freiheit“ für
Stralau und Markgrafendamm be-
findet sich Markgrafendamm 17 bei
W. Sepp, I. Querghänge.

An das nächste Postamt schicken.

Bestellschein.

Ich abonniere hiermit auf die täglich 2 mal
erscheinende Zeitung

„Die Freiheit“
zum Monatspreise von M. 2.— und wünsche freie
Zustellung ins Haus. Die im laufenden Monat
bereits erschienenen Nummern bitte ich mir gegen
eine Sondergebühr von 10 Pfg. nachzuliefern.

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

An das Postamt:

Der Reichstongreß der A.- und S.-Räte.

Erster Tag.

Nach der Konstituierung des Präsidiums schlägt Lüdemann die Tagesordnung vor, die Wahl des Vollzugsrates von der Stelle hinter den Punkt 2, „Nationalversammlung über Nationalratswahl“ zu stellen.

Reher (Leipzig) spricht dagegen. Die Wahl könne nur das Ergebnis der Gesamtsitzung sein.

Der Antrag Lüdemann wird angenommen.

Ein Antrag der Unabhängigen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Gegenrevolution, Auswärtiges Amt und der Volksbeauftragten“ wird abgelehnt.

Ein Antrag, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zu laden, wird abgelehnt.

Nach der Mittagspause wird in die Tagesordnung eingetreten.

Bericht des Vollzugsrates.

Referent Richard Müller: Mein Bericht kann sich nur auf die wichtigsten Fragen beschränken. Dabei wird manches als die einheitliche Auffassung des Vollzugsrates zu bezeichnen sein. Der Berliner Vollzugsrat ist aus dem Reich immer angegriffen. Die ungeheuerlichen Gerüchte über ihn verbreitet werden. Man hat behauptet, der Berliner Vollzugsrat strebe die Diktatur an. Als sich dies nicht erwies, erhaltet sich, wurde zur Verleumdung geschritten. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollten in den ersten Tagen 800 Millionen Mark ausgegeben haben. Bald hieß es, der Vollzugsrat allein habe diese Summe verwendet. Man behauptete damit die Väterlichkeit und hohen Löhne und Gehälter in Verbindung, die der Vollzugsrat sich und seinen Anhängern bewilligt habe. Alles Ungeheuerliche ist hierhergehört, dem Vollzugsrat gründlich den Kopf zu waschen. Was mich betrifft, so sage ich von vornherein, daß ich auf eine weitere Tätigkeit im Vollzugsrat verzichte. Der Hauptgrund der Heße liegt darin, daß der Vollzugsrat entgegen dem einzigen greifbaren Ergebnis der Revolution ist, nicht weiß; fallen die Arbeiter- und Soldatenräte, dann bleibt nichts übrig von der Revolution.

Wir im Vollzugsrat haben allerdings durch unsere Handlungen zur Verhinderung dieses Kampfes beigetragen. Kraft revolutionärer Gewalt erklären wir uns am 11. November als erste Kontrollinstanz. Wir sagten mit aller Schärfe, daß wir die Errungenschaften der Revolution erhalten und sichern wollen. Unser Verbot enthält eine

Abgabe gegen eine übertriebene Nationalversammlung.

hat die Gegner zum Kampf aufgerufen. Leider haben sich die Heße gegen den Vollzugsrat auch rechts sozialistische Kräfte unter Führung des „Vorwärts“ beteiligt. In dem Teil des Materials gegen uns stammt von Personen, die dem Berliner Volksbeauftragten sehr nahe stehen. Die Volksbeauftragten erwidern ihre Aufgabe darin, den Vollzugsrat zu kritisieren; den Bürgerlichen bedeutet es nicht, wenn sie zu heftigen Vorwürfen, aber von sozialistischen Organen eine so scharfe Kritik nicht geübt werden.

Müller geht sodann auf die Entstehung der Revolution ein. Die Wahrsinnigkeit der früheren Nachhader, die die gesamte Schmachthölle in einen letzten verzweifelten Kampf gegen England verwickeln wollte, hat den Ausdruck der Revolution herbeigeführt. Am Tage nach der Revolution wurde die Diktatur der A. und S.-Räte durch den Berliner Volksbeauftragten gewählt. Die letzte Wahl ging nicht so glatt vonstatten, wie die Mitglieder der Unabhängigen sich weiterten, einen Vollzugsrat einzuführen, der aus Mitgliedern beider Parteien zusammengesetzt war (Hört! Hört!). Auch ich habe mich geäußert und diese Zeit, daß ich damals der Diktatur der Arbeiter und Soldaten nachgegeben habe. Wir hatten von Anfang an zum Ausdruck gebracht, daß sich dem Vollzugsrat alle anderen Reichsorgane unterwerfen hätten. Selbstverständlich konnte es sich nicht nur um ein Provisorium handeln, das auf schnellstem Wege beseitigt werden mußte. Da der Vollzugsrat für Ordnung mangels einer anderen Organisation auch für das Reich übernommen werden mußte, konnte es so scheinen, als ob wir von Berlin aus eine Diktatur über das ganze Reich ausüben sollten.

Die Demonstration.

Der Vorsitzende Heinert unterbricht den Redner und teilt mit, daß vor dem Abgeordnetenhaus Tausende von Arbeitern erschienen sind, die eine Abordnung betingelt haben, um ihre Forderungen bekanntzugeben.

Im Namen dieser Delegation teilt Reher die Forderungen der Demonstration mit. Er erklärt: Im Namen der revolutionären Arbeiterklasse Groß-Berlins, die heute in einer Anzahl von 250 000 Menschen demonstrieren, unterbreiten wir dem Reichstongreß folgende Forderungen:

1. Deutschland eine einheitliche sozialistische Republik.
 2. Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten.
 3. Der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat als höchstes Organ der Reichsregierung und Exekutivgewalt, durch das auch der Volksbeauftragten und alle Zentral-Reichsbehörden zu ernennen und abzuheben sind.
 4. Beseitigung des Oberlichen Rats der Volksbeauftragten (Schlichte Räte).
 5. Sofortige energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat vor allem Ermächtigung der Gegenrevolution (Mute: Wer ist das?), Bewaffnung des Proletariats, Bildung der Rote Armee (Stimm. Widerspruch bei den Soldaten).
 6. Sofortiger Austritt des Zentralrats aus die Proletariat aller Länder zur Bildung von A.- und S.-Räten gemäß Durchführung der Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.
- Die Forderung wird mit Beifall angenommen. Der Vorsitzende Heinert erklärt, daß der Kongreß die Forderungen zur Kenntnis genommen hat und in seinen Verhandlungen darüber entscheiden wird.

Darauf legt Richard Müller seinen Bericht fort. Er erklärt: Nach der klaren Stellungnahme des Vollzugsrates noch bezeugen will, daß die Berliner die Diktatur ausüben wollten, was nicht zu helfen.

Der Vollzugsrat hat sich als oberste Reichsbehörde konstituiert in einer Zeit, wo das Wirtschaftsleben fast vor dem Stillstand war, wo Ruhe und Ordnung aufs Höchste gefährdet waren. Man mag uns kritisieren wie man will, aber niemand kann den Vorwurf machen, daß wir nicht alles versucht haben, um der ungeheuren Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir wurden nämlich belagert von Menschen, die unsern Rat und unsere Hilfe suchten. Wir hatten keinen revolutionären Apparat, uns fehlten geschulte Beamte. Manches mußte von uns in unter diesen Verhältnissen selbst zusammengestellt werden. Dazu hatten wir auch die Arbeiter und Soldaten im Auge zu behalten und mußten für Ruhe und Ordnung sorgen. Nur unter solchen Umständen nicht alles wie an der Spitze

gehen konnte und Dinge passiert sind, die sonst niemand verantworten kann, ist selbstverständlich. Dazu kam, daß bei der Auswahl der Personen, die in den Vollzugsrat gewählt worden waren, nicht die nötige Vorsicht obachtet wurde. Für die Fehler dieser Leute kann der gesamte Vollzugsrat nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist viel über die großen Rührkräfte in den Büros des Vollzugsrates gesprochen worden. Ich gebe zu, daß daran etwas Wahres ist. Mehrere Mitglieder von sozialistischer Seite haben ganz unverantwortlich gehandelt. Es waren meist Leute, die den Aktionsausschuß der Soldaten gegründet hatten, darunter Offiziere, deren Namen Ihnen ja bekannt sind, wie Hauptmann Coler, Leutnant Willner usw. Natürlich sind diese Leute sofort an die Luft gesetzt worden. Aber was taten sie? Sie gingen in die Versammlungen der Soldatenräte und schimpften über die Rührkräfte im Vollzugsrat. Für die bürgerliche Presse war das ein gefundenes Fressen.

Müller führt weitere Einzelheiten an und stellt fest, daß die Heße gegen den Vollzugsrat jeder Grundlage entbehrt. Er geht dann über zum Verhältnis zwischen

Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten.

Dieses habe sich unerträglich gestaltet. Es hat den Anschein, als wolle sich der Rat der Volksbeauftragten nicht mehr unter die Kontrolle des Vollzugsrates stellen. Es hat mich gewundert, daß die Truppen nur auf den Rat der Volksbeauftragten vereidigt worden sind. (Die verlesene Eidesformel laut Beifall und Widerspruch hervor.) Die Truppen sind nicht auf die „sozialistische“, sondern auf die „deutsche“ Republik vereidigt worden. Besitzt da nicht ein Unterchied? Die Stellung des Rates der Volksbeauftragten zum Vollzugsrat lag klar zutage. Der Vollzugsrat sollte nach den Erklärungen vom 11., 12. und 15. November das Recht der Kontrolle und der Ernennung der Minister und Volksbeauftragten. Damals hat niemand Widerspruch erhoben. Die militärischen Instanzen haben aber genau wie vor der Revolution es verstanden, ihren Willen durchzusetzen, nicht nur gegen den Vollzugsrat, sondern auch gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten. Wir wollten eine durchgreifende Reform des Regierungsapparats durch die A.- und S.-Räte für notwendig, fanden aber beim Rat der Volksbeauftragten kein Gegenkommen. Müller verliest das Resultat der Beratungen mit den Volksbeauftragten. Nach diesen Abmachungen hatten die A.- und S.-Räte das Recht der Exekution im Falle der Gefahr. Unser Einfluß auf die Regierung ist geschwunden. Die Beschlüsse, die wir ihm zugehen ließen, hat sie einfach nicht ausgeführt. Als Beispiel führt er die Affäre Wolf an. Dasselbe gilt von der Forderung, Erbsberger dürfe nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Die Aften des A. A. sollen beibehalten werden, damit die Orien nicht mit ihnen oberst werden. Seit sechs, daß ein großer Teil dieser Aften verbrannt worden ist. (Hört! Hört! Erregter Applaus.) Das ist nicht wahr! — (Hört! Hört!) Dem Verlangen, die Rangabzeichen der Offiziere abzuschaffen, ist nicht entsprochen worden. Man hat verlangt, daß die Waffen der heimkehrenden Truppen abgeholt werden, damit die polizeilich Unausgehörten (Munition, Waffen) nicht in die Hände der Feinde gelangen. Aber hier haben Sie sich nicht die Hände gewaschen, wie wir. (Stimm. Beifall.) (Die folgenden Ausführungen gehen in der allgemeinen Unruhe verloren.) Wir sind auf den Widerstand der Volksbeauftragten gestoßen. Und wenn sie die geistigen Reden von Ebert und Scheidemann gelesen haben, so sehen Sie, daß sie sich unter unserer Kontrolle nicht wohl fühlen. Hinter den Volksbeauftragten steht die ganze bürgerliche Presse. Fortwährend hat man gegen uns geübt, bis eines Tages der Reichstag die Waffen der Volksbeauftragten bei dem Fiskus beschlagnahmt. Der Reichstag kam von rechts. Die Leiter wurden von uns festgehalten, aber heute wieder frei. Der Hauptmann Lorenz ist auf Verlangen des Kriegsministers freigelassen worden. (Zwischenruf aller Volksbeauftragten: Das ist nicht wahr! — Barth und Danneberg schlagen erregt auf den Tisch.) Vollzugsrat, A.- und S.-Räte und der Rat der Volksbeauftragten sind Kinder der Revolution. Alle Kinder müssen Hindernisse beseitigen. Die wir bisher durchgemacht haben, wagen selbst leicht gegen die Verbrecher der alten Machthaber. Wir haben keine Hände. Es wird sich zeigen, daß die Verleumdungen gegen die A.- und S.-Räte haltlos sind. Fallen die Räte, dann sind die Errungenschaften der Revolution vernichtet. Wenden Sie nicht die Gründe, bilden Sie in die Zukunft. Wir haben sechs Jahre erschütternde Wochen hinter uns. Jetzt geben wir Ihnen das Schwert der Revolution in die Hand. (Beif. Beifall und Handklatschen.)

Raum des Vollzugsrat erstattet den Rechenbericht.

Er teilt u. a. mit, daß von einem jungen Mann aus einem Dorfamt dem Vollzugsrat aus einem Fonds 450 000 Francs überwiesen worden sind, außerdem 30 000 R. polnisches Geld. Die Gesamteinnahmen betragen 880 200,35 R., die Gesamtausgaben 414 178,99 R. Viel Geld an den hohen Gehältern tragen die sozialistischen Mitglieder des Vollzugsrates.

Vollzugsrat Dittmann: Die preussisch-deutsche Militärverwaltung gehört der Vergangenheit an. Die Monarchien in den Bundesstaaten sind beseitigt, Deutschland ist Republik. Soldaten und Arbeiter haben das alte System gestürzt, sie sind die Träger des Neuen und Werden. In ihren Händen liegt jetzt die politische Macht, sie haben überall Regierungen eingesetzt, die ihrer Kontrolle unterstehen. Die Revolution ist das Werk von Sozialisten, und ihr ruhiger Verlauf ist ein Erfolg der Schulung der Massen durch die Sozialdemokratie. In der Regierung sind beide sozialistischen Parteien gleichmäßig vertreten, somit ist die Regierung getragen von dem Vertrauen, das die beiden sozialistischen Parteien in den Arbeiter- und Soldatenräten und in den Volksmassen genießen. Auf diesem Vertrauen beruht auch die moralische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte selbst. Sogar die Vertreter der gestürzten Parteien erklamen an, daß außer der Sozialdemokratie keine Partei vorhanden ist, die jetzt die Reichsregierung übernehmen kann. Deshalb darf die Reichsregierung mit vollem Recht vor In- und Ausland erklären, die Bevollmächtigten des Volkes zu sein. Seit das Reich besteht, hat es noch nie eine Regierung gehabt, die so fest im Volk verankert und so von seinem Vertrauen getragen ist, wie die gegenwärtige. (Beifall.) Der Vollzugsrat hat die Kontrolle und die Regierung die Exekutive. Erst allmählich ist es gelungen, Kontrolle und Exekutive zu scheiden. In den ersten Wirren der Revolution hat der Vollzugsrat manderlei Rechte ausgeübt, die nicht Sache der Kontrolle, sondern der Exekutive sein müssen. Daraus haben sich manderlei Anfechtungen ergeben, und einzelnes darüber hat Müller vor seinem Standpunkt aus vorgetragen. Es scheint mir nicht notwendig, nachträglich auf solche Dinge einzugehen, die geredet sind. Deshalb nur wenige Worte darüber: Das Kassenbuch des Reichssekretärs Dr. Wolf ist genehmigt, doch ist er geflohen worden, das Amt solange weiterzuführen, bis die Verhandlungen mit seinem Nachfolger abgeschlossen, Genosse David ist von dem

Rat der Volksbeauftragten oder von sonst jemand mit der Erlaubnis der Aften im Amtswärtigen Amt beauftragt worden; diese Prüfung ist zunächst dem Genossen Karl Kautsky übertragen worden, und dann ist noch Genosse Dr. Quast aus Frankfurt a. M. hinzugezogen worden. Die Behauptung, die Müller vorgebracht hat, wichtige Aften seien verbrannt worden, ist auch uns an Ohren gekommen. Kautsky hat erklärt, er habe keinerlei Nachrichten dafür gefunden, daß Aften vernichtet worden seien, er habe vielmehr weit mehr vorgefunden, als er erwartet habe. Müller meinte, hinter dem Kautsky stände die ganze bürgerliche Presse, da muß er wohl andere bürgerliche Blätter zu Gesicht bekommen als ich und meine Kollegen. Der Hauptmann Lorenz ist nicht freigelassen auf Grund des Verlangens des Kriegsministers, sondern auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses einer vom Vollzugsrat gewünschten und vom Rat der Volksbeauftragten eingeleiteten Kommission aus drei Juristen. Schlichtig ist eine Vereinbarung zwischen Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten zustande gekommen, wonach dem ersterem die Kontrolle und das Recht der Berufung und Abberufung der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten zusteht, dem letzteren aber die Exekutive. Auch dies ist ein Provisorium, das nunmehr sein Ende erreicht, indem an die Stelle des Vollzugsrats der Zentralrat tritt, den sie wählen werden. Die Reichsregierung hat mit dem Vollzugsrat zusammengearbeitet, und alle Differenzen ausgeglichen, und sie wird auch mit dem neuen Zentralrat im gleichen brüderlichen Geist zusammenarbeiten.

Das erste Werk der neuen Reichsregierung war die

Einstellung der vierjährigen Menschenkinder, 1

der Waffenstillstand. Seine harten Bedingungen fallen mit voller Macht auf die Träger des alten Systems, die Deutschland in den Zustand verwickelt haben, in welchem solche Bedingungen gestellt werden konnten und angenommen werden mußten, wollten wir nicht unser Volk völliger Vernichtung preisgeben. So war dieser erste Akt der Regierung von eiserner Notwendigkeit diktiert, und auch weiterhin sind wir auf Schritt und Tritt gezwungen, die verbrecherische Politik des alten Systems. Was läge sonst näher als der politischen Umwälzung sofort die wirtschaftliche folgen zu lassen? Hätte das deutsche Volk vier Jahre früher seinen Tisch gemacht, so würde die Sozialisierung ein Anderes Spiel sein gegenüber den Schwierigkeiten, die sich ihr heute entgegenstellen. Zunächst ergäbe es, von Vorfrieden und dann den jenseits endgültigen Frieden, der die erste Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens und die Hebung der Produktivität ist, die wiederum unerlässlich ist für die Sozialisierung. Die Umstellung der Produktion auf den Friedensbedarf ist eine langwierige unproduktive Arbeit. Dazu kommt noch der gefährliche Mangel an Rohstoffen und Hilfsmitteln aller Art. Die Verheerung von Lebensmitteln aus dem Ausland ist daher die dringende Forderung. Es besteht die Hoffnung, mit Hilfe Amerikas die notwendigen Lebensmittel bald bereinzubekommen. Daneben gilt es, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Vor dem Kriege lebten wir in einer Welt voll Reichtum und brauchten selbst länger dauernde Störungen der Produktion nicht zu fürchten. Aber jetzt ist es anders, die Sozialisierung ungehindert in die Hand zu nehmen. Es sind auch Maßnahmen getroffen, um die Verschleppung von Kapital ins Ausland zu hindern. Die Gesellschaften müssen 50 v. H. ihres Gewinnes revidieren; ein neues Kriegsgewinnsteuergesetz ist in Vorbereitung, um die großen Kriegsgewinne tolllos fortzuführen. Ein neues Einkommensteuergesetz, welches die Erbschaften, Einkommen und Vermögen weit stärker erfaßt, ist in Vorbereitung. Ein neues Reichsamt, das Demobilisierungssamt, hat bereits eine Anzahl Verordnungen erlassen, um die Aufnahme der Friedensarbeit zu erleichtern. Erst nach Beendigung der Heberarbeit wird der Sozialismus sich voll entfalten und dem Volke Kultur und Wohlstand bringen können. Zunächst ist des Volkes

Armut und Entehrung

als Folge der vierjährigen verbrecherischen Kriegspolitik. Das ist eine schmerzliche Wahrheit, die wir aber offen ausprechen müssen. Die politische Befreiung sollte auch die soziale Erlösung bringen. Aber durch den vierjährigen Krieg ist alles zerstört. Wer sich in die Seele des Arbeiters vertiefen kann, wird sich nicht wundern, daß die Arbeiter das nicht so leicht fassen können, und daß sich ihr Inneres dagegen aufbäumt, daß sie auch jetzt wieder die Leidenden und Entbehrten sein sollen. Sie müssen aber dieser Tatsache ruhig ins Auge sehen. Ihnen fällt kein Reichtum mühelos in den Schoß, sie müssen den neuen erst Werte schaffen. Die durch die Arbeitervergangenheit geschaffenen Werte werden gebraucht zur Bezahlung der Kriegsschulden, und auch ein Teil der Arbeiter-Zukunft wird dazu verwendet werden. Keine Reichsregierung kann daran etwas ändern. Daher erlaßt sie für die Arbeiter die Notwendigkeit, alles zu tun, daß die Produktion wieder aufgenommen wird. Jeder Streik mündet sich deshalb jetzt gegen die Arbeiter selbst. Im engsten Zusammenhang damit steht

die militärische Demobilisierung.

Die Regierung hat angeordnet, daß alle Truppen sofort in die Heimat zurückgeführt werden. Zu diesem Zweck haben sich die Oberste Heeresleitung und der Kriegsminister bereit erklärt, im Sinne zu bleiben. In diesem Zweck hat auch die Regierung in ihrem mittäglichen Telegramm an die Oberste Heeresleitung ausgesprochen, daß bei der Zurückführung der Truppen die Disziplin aufrecht erhalten werden muß. Willkommen unpaar drohen Soldaten wären sonst noch in Kriegsgefangenschaft geraten. (Sehr wahr!) Verschiedene Offiziere haben sich beim Rückmarsch gegen rote Bahnen und Abgeben gewandt und A.- und S.-Räte aufgefordert. Die Reichsregierung ist sofort dagegen eingegriffen. Trotzdem konnten solche Dinge noch möglich vor. Zweifellos herrscht in einem großen Teil des Offizierskorps noch der alte Geist, und mancher Offizier hat gegenrevolutionäre Gesinnung. Und manche Truppenteile sind noch unauflöslich. Aber in allen solchen Fällen hat sich bisher gezeigt, daß die überlebende Mehrheit der Soldaten keine Gegenrevolution will. (Sehr richtig.) daß die Soldaten, sobald sie Zählung mit dem Volke haben, zu dem Volke übergegangen sind. Trotzdem müssen Sie vor allen Dingen auf der Hut sein, aber man soll nachsichtig und nicht übermäßig sein. Mit der fortschreitenden Demobilisierung ergibt sich die Notwendigkeit zur Sicherung der Revolution

eine Volkswehr

zu schaffen, und die Regierung hat daher einen Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr von zunächst 1100 Mann erlassen. Für das jetzige Jahr ist die Militärverwaltung seit von Grund aus reorganisiert worden und weiter in der weitgehenden Umgestaltung erliegen worden. Veranlassung zur Umgestaltung ist vorgefallen, der Lagerungsstand aufgehoben worden. Ausgerüstet wird die Volkswehr von rechts und links

